



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Innenausschusses

60-fach

22. Januar 2018

Seite 1 von 2

Telefon 0211 871-3275

Telefax 0211 871-



Sitzung des Innenausschusses am 25.01.2018

Antrag der Fraktion der AfD vom 21.12.2017

„Linksextremismus und dessen Bekämpfung im Nachgang zu den Unruhen im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg vom 07. bis 08.07.2017“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich 60 Exemplare des schriftlichen Berichtes zum TOP „Linksextremismus und dessen Bekämpfung im Nachgang zu den Unruhen im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg vom 07. bis 08.07.2017“.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz

Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 25.01.2018
zu dem Tagesordnungspunkt
„Linksextremismus und dessen Bekämpfung im Nachgang zu den Unruhen im
Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg vom 07. bis 08.07.2017“
Antrag der Fraktion der AfD vom 21.12.2017

Die am 05.12.2017 bundesweit durchgeführten Durchsuchungsmaßnahmen erfolgten im Rahmen eines im Auftrag der zuständigen Staatsanwaltschaft Hamburg beim Landeskriminalamt Hamburg geführten Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruchs anlässlich des G20-Gipfels. In Nordrhein-Westfalen wurden zehn Wohnungen im Raum Köln/Bonn durchsucht. Die Auskünfte zu diesem laufenden Ermittlungsverfahren und hinsichtlich der aus den Einsatzmaßnahmen resultierenden Erkenntnisse obliegen ausschließlich den zuständigen Justizbehörden in Hamburg.

Unabhängig von der strafrechtlichen Aufarbeitung der Ereignisse im Zusammenhang mit dem G 20-Gipfel in Hamburg wird die Landesregierung die Beobachtung des Linksextremismus durch den Verfassungsschutz weiter intensivieren. Die bestehenden Aussteigerprogramme im Rechtsextremismus und Islamismus werden durch ein Programm für den Linksextremismus ergänzt